**Landtag**
**Nordrhein-Westfalen**
15. Wahlperiode

**Ausschussprotokoll**
**APr 15/342**
30.11.2011

# Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration

**29. Sitzung (öffentlich)**

30. November 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:10 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD);
Bernhard Tenhumberg (CDU)

Protokoll: Simona Roeßgen

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

**Zur Tagesordnung** **5**

Zunächst wird eine Dringliche Frage behandelt. Die Nummerierung der nachfolgenden Punkte ändert sich entsprechend. Die Punkte „Leiharbeit im BLB beenden!“ und „Bericht zur Personalsituation im BLB im Zusammenhang mit Leiharbeit“ werden in Verbindung miteinander beraten.

**1 Dringliche Frage 6**

von Herrn Günter Garbrecht, MdL

**„Wie bewertet das MGEPA die Aussage des Finanzwissenschaftlers Volker Ulrich von der Universität Bayreuth ‚Bis zu 30 Prozent der Pflegebedürftigen werden schlechter gestellt sein als heute, wenn der Pflegebedürftigkeitsbegriff so geändert wird, wie es der Pflegebeirat vorgeschlagen hat'?"**

- Bericht von Frau Ministerin Barbara Steffens (MGEPA)

**2 Leiharbeit im BLB beenden! 9**

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1307

– Sachverständigengespräch

In Verbindung mit:

**3 Bericht zur Personalsituation im BLB im Zusammenhang mit Leiharbeit 9**

**–** Bericht der Landesregierung

Franz-Josef Röwekamp von ver.di und MR Ralf Wehrmann aus dem Finanzministerium beantworten Fragen aus dem Ausschuss.

**4 Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung anderer gesetzlicher Vorschriften 18**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2944

Ausschussprotokoll 15/320

Der Ausschuss will diesen Punkt in seiner Sitzung am 14. Dezember 2011 erneut behandeln und erwartet dazu eine Bewertung der Anhörung seitens der Landesregierung.

**5 Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen 20**

**–** Bericht des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales

Minister Guntram Schneider (MAIS) berichtet und beantwortet Fragen aus dem Ausschuss.

**6 Vermittlung durch die Jobcenter an den Internethändler Amazon, aktueller Verfahrensstand 27**

Vorlage 15/1008

Minister Guntram Schneider (MAIS) berichtet und beantwortet Fragen aus dem Ausschuss.

**7 Minijobs in der Landesverwaltung 33**

Vorlage 15/995

Minister Guntram Schneider (MAIS) beantwortet Fragen aus dem Ausschuss.

**8 Gesetz zur Änderung des Landesaltenpflegegesetzes 35**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2436

In Verbindung mit:

**Entwurf einer Verordnung über die Erhebung von Ausgleichsbeiträgen zur Finanzierung der Ausbildungsvergütungen in der Altenpflege (Altenpflegeausbildungsausgleichsverordnung – AltPflAusglVO)**

Vorlage 15/778
Stellungnahme 15/996 zu Stellungnahme 15/955
Ausschussprotokoll 15/298

– Bericht des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter

Der Ausschuss will sich mit diesem Punkt in seiner Sitzung am 7. Dezember 2011 erneut befassen.

**9 Reform des Wohn- und Teilhabegesetzes und des Landespflegegesetzes** **38**

Vorlage 15/986

– Bericht des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis. Eine inhaltliche Diskussion wird mit Blick auf das am 13. Dezember 2011 anstehende Gespräch im Ministerium über die endgültigen Eckpunkte der Reform an dieser Stelle nicht geführt.

**10 Ausbildungskapazitäten der Schulen des Gesundheitswesens in NRW** **39**

Vorlage 15/998

Auch dieser Punkt soll in der nächsten Ausschusssitzung am 7. Dezember 2011 noch einmal aufgerufen werden.

**11 Aufarbeitung des Schweinegrippen-Fehlalarms** **41**

Vorlage 15/985

StS Marlis Bredehorst (MGEPA) beantwortet eine Frage aus dem Ausschuss und sagt zu, ihn über die Ergebnisse der Auswertung weiterer Untersuchungen zu informieren.

**12 Verschiedenes** **42**

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am Mittwoch, dem 7. Dezember 2011, 13:30 Uhr statt.

* * *

## 4 Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung anderer gesetzlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2944

Ausschussprotokoll 15/320

**Vorsitzender Günter Garbrecht** betont, das Parlament werde sich die für die sachgerechte Beratung dieses Gesetzentwurfs notwendige Zeit nehmen. In einem brieflichen Austausch mit dem Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses und der Vorsitzenden des Innenausschusses habe er die von den Obleuten im AGSI-Ausschuss erzielte Verständigung zum Ausdruck gebracht, die ursprünglich beabsichtigte Zeitplanung, nämlich noch Ende des laufenden Jahres die endgültige Beschlussfassung im Plenum zu erreichen, nicht weiter zu verfolgen, sondern Januar oder Februar 2012 anzustreben. Dies bringe ein wenig Entspannung in das Beratungsverfahren, was hoffentlich die Zustimmung des AGSI-Ausschusses in Gänze finde.

Der dem Schulausschusses zu seiner heutigen Sitzung vorgelegte Änderungsantrag der Fraktion Die Linke zu schulischen Belangen im Teilhabe- und Integrationsgesetz sei noch nicht inhaltlich beraten worden, da der Schulausschuss hierzu Anfang 2012 ein Expertengespräch führen wolle. Es sei den mitberatenden Ausschüssen unbenommen, Experten zu Teilbereichen des Gesetzes einzuladen. Allerdings hätten sie in gewisser Weise auch die Verpflichtung, dies so zügig wie möglich zu tun.

Für diese AGSI-Ausschussitzung hätten die Obleute eine erste Auswertung der Anhörung vorgesehen. Herr Solf habe jedoch inzwischen für die CDU-Fraktion mitgeteilt, die Fragen, die sich aus der Anhörung ergeben hätten, direkt mit dem Ministerium diskutieren zu wollen und die Auswertung der Anhörung zu verschieben.

Er appelliere an alle Beteiligten, so **Bernhard von Grünberg (SPD),** in einem vernünftigen Zeitraster zu einer Positionierung zu kommen und das Gesetz möglichst bald zu verabschieden. Ungeachtet dessen könnten Nachfragen selbstverständlich mit dem Ministerium geklärt werden. Die SPD-Fraktion beispielsweise interessiere bezogen auf die Äußerungen des Städtetages in der Anhörung, in welchem Umfang Unterbringungskapazitäten für die angesprochenen Zielgruppen vorgehalten würden. Einer Präzisierung bedürften auch die Formulierungen im Gesetzentwurf hinsichtlich der Einbeziehung von Flüchtlingen und der Antidiskriminierungsarbeit. Dazu würden die Fraktionen im Zweifel eigene Vorschläge einbringen.

**Dr. Stefan Romberg (FDP)** möchte wissen, wie die Landesregierung die Anhörung des AGSI-Ausschusses bewerte, in der die Sachverständigen Unklarheiten im Gesetzestext aufgezeigt und konkrete Änderungsvorschläge gemacht hätten, und ob

die Landesregierung eigene Verbesserungsvorschläge vorlegen werde oder den vorliegenden Entwurf unverändert lassen wolle.

**Dr. Carolin Butterwegge (LINKE)** erklärt sich bereit, die Aussprache zur Anhörung im AGSI-Ausschuss zu verschieben, zumal auch der Unterausschuss Integration eine solche noch vornehmen wolle.

In der Tat gebe es nach dieser Anhörung Aufklärungsbedarf, pflichtet **Vorsitzender Günter Garbrecht** Herrn Dr. Romberg bei. Sowohl die Landesregierung als auch die kommunalen Spitzenverbände sollten sich in der Frage der Unterbringungskapazitäten klar positionieren. Dies sei dringlich, da die fachliche Zuständigkeit hierfür beim mitberatenden Ausschuss für Kommunalpolitik und beim mitberatenden Innenausschuss liege. Die Auswertung der Anhörung im AGSI-Ausschuss könne längstens bis zur Sitzung am 14. Dezember 2011 verschoben werden. Das MAIS möge dazu als Beratungsgrundlage eine Bewertung der Anhörung – ähnlich ihrer Bewertung der Umlagefinanzierung – vornehmen. Das MGEPA werde gebeten, zur Frage der islamischen Bestattungen Position beziehen, die vonseiten der Opposition allerdings im Prinzip schon über die Presse bewertet worden sei. Änderungen am Gesetzentwurf oblägen im Übrigen allein dem Parlament.

**Minister Guntram Schneider (Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales)** erklärt, das Ministerium habe die Anhörung und deren Ergebnisse als sehr positiv empfunden und gehe davon aus, dass die Grundlinien des Gesetzentwurfes unterstützt würden, insbesondere von den kommunalen Spitzenverbänden.

Herr des Verfahrens sei ohne Zweifel das Parlament. Die Landesregierung werde sich etwaigen begründeten Änderungen selbstverständlich nicht widersetzen. Zu den zahlreichen bereits vorliegenden Anregungen werde sie noch schriftlich Stellung nehmen. Der Anregung von Herrn Solf zu einer weiteren Gesprächsrunde mit der CDU-Fraktion folge er natürlich, so der Minister. Der Vermischung unterschiedlicher Politikfelder stehe er allerdings skeptisch gegenüber. Das beziehe sich zum Beispiel auf die Flüchtlingspolitik und damit auf zentrale, auch juristische Fragen, die in einem Integrationsgesetz eigentlich keinen Platz hätten, wolle man Brüche vermeiden.

**Vorsitzender Günter Garbrecht** schlägt vor, diesen Punkt noch einmal auf die Tagesordnung der AGSI-Ausschusssitzung am 14. Dezember 2011 zu nehmen, die entsprechend vorbereitet werden sollte. – Es erhebt sich kein Widerspruch.

> Der Ausschuss will diesen Punkt in seiner Sitzung am 14. Dezember 2011 erneut behandeln und erwartet dazu eine Bewertung der Anhörung seitens der Landesregierung.